

Wenn der Buddha mit dem Mohammed

Religion und Kultur Bildungsdirektion stellt präsentiert Lehrmittel «Erkenntnis statt Bekenntnis».

VON MICHAEL RÜEGG

Es begann mit einem Kompromiss, und er war gut: Statt das ursprünglich aus Kostengründen abgeschaffte Fach «Biblische Geschichte» unter dem Druck einer Volksinitiative wieder einzuführen, schlug die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) dem Kantonsrat 2005 vor, ein neues Fach mit dem Namen «Religion und Kultur» in den Stundenplan aufzunehmen.

Gestern nun präsentierte Aeppli zusammen mit den Projektverantwortlichen die Lehrmittel für Unter-, Mittel- und Sekundarstufe vor. «Blickpunkt» heisst die Reihe. Sie beginnt in der ersten Klasse mit religiösen Symbolen im Alltag und endet nach acht Jahren mit einem Kapitel über Wissenschaft und Religion.

«Bei keinem anderen Lehrmittel habe ich selber so viel gelernt», sagte Volksschulamts-Chef Martin Wendelspiess am Rande der gestrigen Medienorientierung. Er bringt damit auf den Punkt, dass viele Schweizer nur oberflächliche Kenntnisse von Religionen haben, teilweise sogar ihrer eigenen.

Der Wille zum Blick über den Tellerrand der eigenen Konfession sei früher undenkbar gewesen, sag-

te der emeritierte Pädagogikprofessor und alt Bildungsrat Jürgen Oelkers, der von Anfang an involviert war: «Ich bin protes-

tantisch und kann mich gut erinnern, dass wir gelernt haben, unsere wenigen katholischen Mitschüler wegen ihres falschen Glaubens zu bedauern.» In Tat und Wahrheit hätten er und seine Mitschüler die Katholiken beneidet, weil sie mehr Feiertage hatten.



Nach der Devise «Schlau wird, wer Fragen stellt», vermittelt Band 1 den Stoff zu Beginn aus Sicht der Kinder. Im Fokus stehen religiöse Symbole und Erlebnisse, denen sie im Alltag begegnen.

Beim Durchblättern präsentieren sich die drei Bände als interreligiöser Fruchtsalat. Statt die Weltreligionen gesondert zu betrachten, leben die Bände von Vergleichen zwischen den Religionen und – im Fall des Christentums – der Konfessionen. So wird nicht das Trennende, sondern das Verbindende ins Zentrum gestellt.

Die Lehrmittel sind so aufgebaut, dass die eigene Religion der Kinder keine Rolle spielt. Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Weltreligionen waren in den Entstehungsprozess involviert – zudem konnten

Aus der Perspektive des Kindes: «Was ist dort oben auf dem Kirchturm?», fragt das Mädchen im «Blickpunkt» für die Unterstufe.

sich mit der Freidenker-Vereinigung auch die Atheisten einbringen. So erzählt etwa in Band 3 eine Gymnasiastin, weshalb sie die Idee eines allmächtigen Gottes ablehnt.

Einsatz der Lehrmittel obligatorisch

Gerade dieser Band scheut sich nicht davor, Reizbegriffe zu thematisieren. So widmet er der Scharia eine nüchtern gehaltene Doppelseite und zeigt auf, wie religiöse Symbole und Begriffe in Medien und Werbung auftauchen. Entstanden sind summa summarum Lehrmittel, die gemäss Bildungsdirektorin Aeppli «eine hohe fachliche und didaktische Qualität aufweisen». Der Einsatz ist für Zürcher Lehrkräfte obligatorisch, wie der Bildungsrat entschieden hat. Noch offen ist laut Aeppli, ob der Oberstufen-Band auch in den ersten beiden Klassen des Langzeitgymnasiums auftauchen soll.

Laut Aeppli soll das Fach auch Lehrplan-21-konform sein. Dieser schreibt vor, dass Schülerinnen und Schüler sich mit Religionen und Weltansichten auseinandersetzen und Spuren von Religion in Kultur und Gesellschaft erkennen können.

Geringes Potenzial für Kleinkraftwerke

Erneuerbare Energien Das Potenzial für neue Kleinwasserkraftwerke im Kanton Zürich ist nach Ansicht der Baudirektion «höchst bescheiden». Planungen hätten gezeigt, dass 13 weitere Kraftwerke «grundsätzlich möglich» seien. Diese könnten insgesamt Strom für 1400 Haushalte produzieren. An diesen Standorten könnten neue Kleinwasserkraftwerke allerdings zum Teil nur unter Auflagen erstellt werden. Fünf davon befinden sich an der Glatt, je zwei an der Töss, der Jona und der Reppisch. Je einer liegt am Aabach in Uster sowie an der Sihl in Zürich.

Awel prüfte 16 weitere Standorte

16 weitere Standorte hat das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) nach einer genauen Prüfung fallen gelassen, wie Gerhard Stutz, Abteilungsleiter Wasserbau beim Awel, an einem Mediengespräch sagte. So sind an den betreffenden Stellen entweder Revitalisierungen vorgesehen oder das Ökosystem, die Landschaft, das Ortsbild oder einzelne denkmalgeschützte Objekte würden zu stark beeinträchtigt. Anlass für die vom Awel erarbeitete «Positivplanung Kleinwasserkraftwerke» war der Entscheid des Bundesrates, langfristig aus der Kernenergie auszusteigen. Seither stünden die erneuerbaren Energien als Alternative im Fokus. Dazu gehören auch die Kleinwasserkraftwerke, die Strom bis zu einem Megawatt Leistung produzieren.

Derzeit sind im Kanton Zürich gegen 95 solcher Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 6 Megawatt Leistung in Betrieb, wie Stutz sagte. Deren Ursprung reicht häufig bis in die Zeit der Industrialisierung zurück. Damals begann man, die Wasserkraft von Bächen und Flüssen zu nutzen, um damit die Maschinen der neu entstehenden Fabriken anzutreiben.

«Beschränktes Potenzial»

Ob an den 13 Standorten wirklich Kleinwasserkraftwerke gebaut werden, hängt laut Awel davon ab, ob sich Betreiber finden, die eine Anlage wirtschaftlich betreiben können. In jedem Fall bleibe der Beitrag zur Energieversorgung gering, denn Zürich verfüge als Flachlandkanton «nur über ein sehr beschränktes Potenzial». (SDA)

Eigentümer sollen geschützt werden

Kantonsrätliche Kommission

Uferwege am Zürichsee sollen nicht durch private Grundstücke führen dürfen.

Uferwege am Zürichsee sollen nicht durch private Grundstücke führen. Die kantonsrätliche Kommission für Planung und Bau hat die Umsetzungsvorlage zum Gegenvorschlag der Volksinitiative «Zürisee für alli» entsprechend ergänzt.

In einem zusätzlichen Paragrafen werden die Rechte der Eigentümerinnen und Eigentümer geschützt, wie es in einer Mitteilung der Kommission für Planung und Bau (KPB) von gestern heisst. Gegen den Willen der Besitzer kann ein Seeuferweg nur erstellt werden, wenn eine anderweitige Führung nicht möglich oder unverhältnismässig wäre. Eine Mehrheit der Kommission sprach sich zudem dafür aus, dass sich die Gemeinden nicht nur an den Kosten für Planung und Bau des Wegabschnitts, sondern auch am Landerwerb beteiligen.

Mit neun zu sechs Stimmen bean-

tragt die KPB dem Kantonsrat, der modifizierten Umsetzungsvorlage zuzustimmen. Der Gegenvorschlag des Regierungsrats sieht vor, dass der Kanton mindestens sechs Millionen Franken pro Jahr in den Bau von Uferwegen investiert. Eine Minderheit von sechs Kommissionsmitgliedern stellt sich gegen die bereinigte Umsetzungsvorlage. Sie setzt auf die «absolute Wahrung des Eigentums».

Zudem wurden noch weitere Minderheitsanträge eingebracht: So soll es keinen besonderen Schutz der Eigentümer geben. Weiter sollen sich die Gemeinden nicht an den Landerwerbskosten beteiligen müssen. Und zuletzt fordert eine Minderheit, dass Uferwege gewässernah zu führen seien.

Verein schluckt Kröte

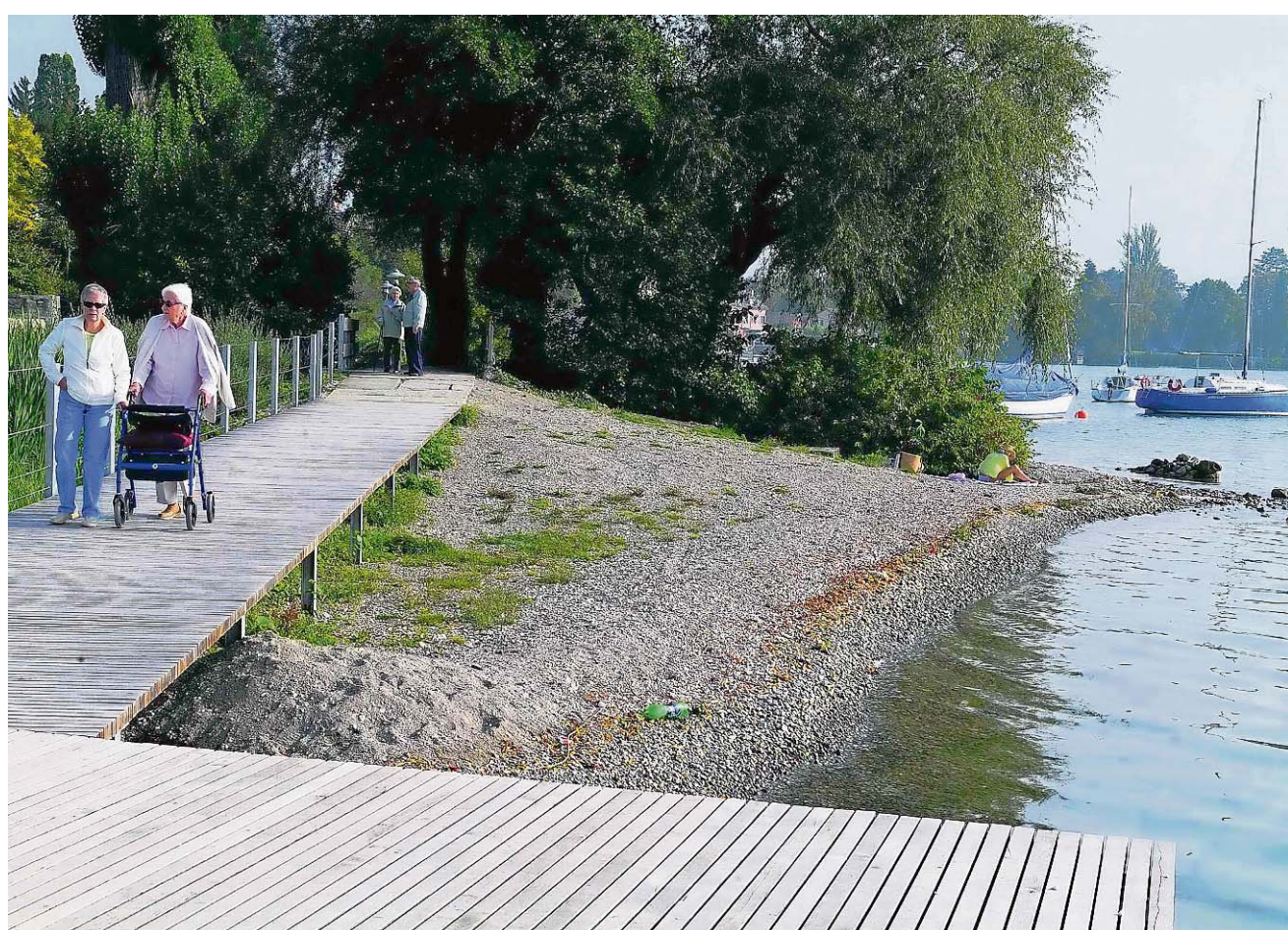
Die Umsetzungsvorlage ist der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Zürisee für alli». Im August 2012 lehnte der Kantonsrat die Initiative ab, gab beim Regierungsrat aber die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags in Auftrag. Das Komitee zog darauf die Initiative für einen durchgehenden

Seeuferweg zurück.

Der Verein «Zürisee für alli» bezeichnet die vorliegende Vorlage als Kompromiss: Die bürgerliche Mehrheit fordere eine ausdrückliche Sicherung der Eigentumsrechte. Der Verein schlucke diese Kröte, obwohl er der Meinung sei, dass das öffentliche Interesse an einem durchgehenden Seeuferweg stärker zu gewichten sei.

Der Umsetzungsvorlage zustimmen werden die SP und die EVP, wie sie mitteilten. Gemäss SP ist die Vorlage ein tragfähiger Kompromiss, für die EVP «ein gangbarer Weg». Die EVP hatte ihre Volksinitiative «Uferwege für alle», die möglichst gewässernahe Wege forderte, nach der Ratsdebatte im August ebenfalls zurückgezogen.

Enttäuscht von der Umsetzungsvorlage sind die Grünen. In einer Mitteilung bezeichnen sie die Vorlage als «mutlos und verwässert». Vom ursprünglichen Kernpunkt der Volksinitiative bleibe nur wenig. Für die FDP wurde die Vorlage in zentralen Punkten stark verbessert. (SDA)



Die Grünen sind enttäuscht von der Umsetzungsvorlage. Teil des Uferwegs in Küsnacht.

RETO SCHNEIDER

Nachrichten

Abstimmung SP sagt Ja zu Hardturm

Die Stadtzürcher SP steht hinter dem geplanten Bau des Stadions auf dem Zürcher Hardturmareal und dem damit verknüpften Wohnungsbau. Die Delegierten sprachen sich am Donnerstag für ein Ja zu beiden Vorlagen aus, über die am 22. September abgestimmt wird. An der Delegiertenversammlung präsentierten sich ausserdem mit Min Li Marti, Raphael Golta, Thomas Martthaler, Christine Seidler, Regula Enderlin Cavigelli die fünf Bewerberinnen und Bewerber für die Nachfolge von Stadtrat Martin Waser. (SDA)

Brand Hoher Schaden in Seegräben

Tagelang unentdeckt geblieben ist ein Brand in einem leerstehenden Einfamilienhaus in Seegräben. Das Feuer erlosch von selbst, nachdem es einen Schaden von mehreren zehntausend Franken angerichtet hatte. Zum Brand kam es vermutlich aufgrund eines elektrotechnischen Defekts, wie die Kantonspolizei Zürich am Freitag mitteilte. Wann genau es gebrannt hat, ist unklar: Von Montagabend bis Donnerstagmorgen war niemand im Haus. (SDA)

Preise Niveau in der Stadt leicht gestiegen

Das Preisniveau in der Stadt Zürich ist im Juni gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen. Der Index der Konsumtenpreise stieg um 0,1 Prozent. Grund dafür sind höhere Preise für Früchte und Gemüse, Möbel, Treibstoffe und Flüge. Vom Preisanstieg gleichermaßen betroffen sind Produkte aus dem In- und dem Ausland. Wie aus einer Mitteilung der Stadt Zürich hervorgeht, ist auch die Jahreststeuerung erstmals seit September 2011 wieder gestiegen – um 0,1 Prozent. (SDA)

Medien Aus für gemeinsamen Mantelteil

Die Zürcher Regionalzeitungen «Zürichseezeitung», «Zürcher Oberländer» und «Zürcher Unterländer» haben ab 2014 keinen gemeinsamen Mantelteil mehr mit dem «Landboten». Dies erklärte Tamedia-Sprecher Christoph Zimmer. Seit Anfang 2011 beziehen die zur Mediengruppe Tamedia gehörenden Titel «Zürichseezeitung» und «Zürcher Unterländer» sowie der «Zürcher Oberländer» ihren Mantelteil vom Winterthurer «Landboten» der Ziegler Druck- und Verlags-AG. Sie haben damit die gleichen Inland-, Ausland-, Wirtschaft- und Kulturseiten. Die Leitung der Mantelredaktion hat «Landbote»-Chefredaktorin Collette Gradwohl. Damit ist nun bald Schluss. Statt mit dem «Landboten» wird der Mantelteil künftig in Zusammenarbeit mit der Tamedia-eigenen «Berner Zeitung» produziert. (SDA)

Steuerstreit ZKB hat Anteil abgeschrieben

Wie die Credit Suisse hat auch die Zürcher Kantonalbank (ZKB) ihren Anteil an die im Rahmen des Steuerabkommens mit Grossbritannien geleistete Garantiezahlung abgeschrieben. Die Akontozahlung sei per Ende Juni abgeschrieben worden, sagte eine Sprecherin der ZKB am Freitag auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Wie hoch der Anteil der Bank am Gesamtbetrag von 500 Mio. Franken war, wurde nicht bekannt gegeben. (SDA)